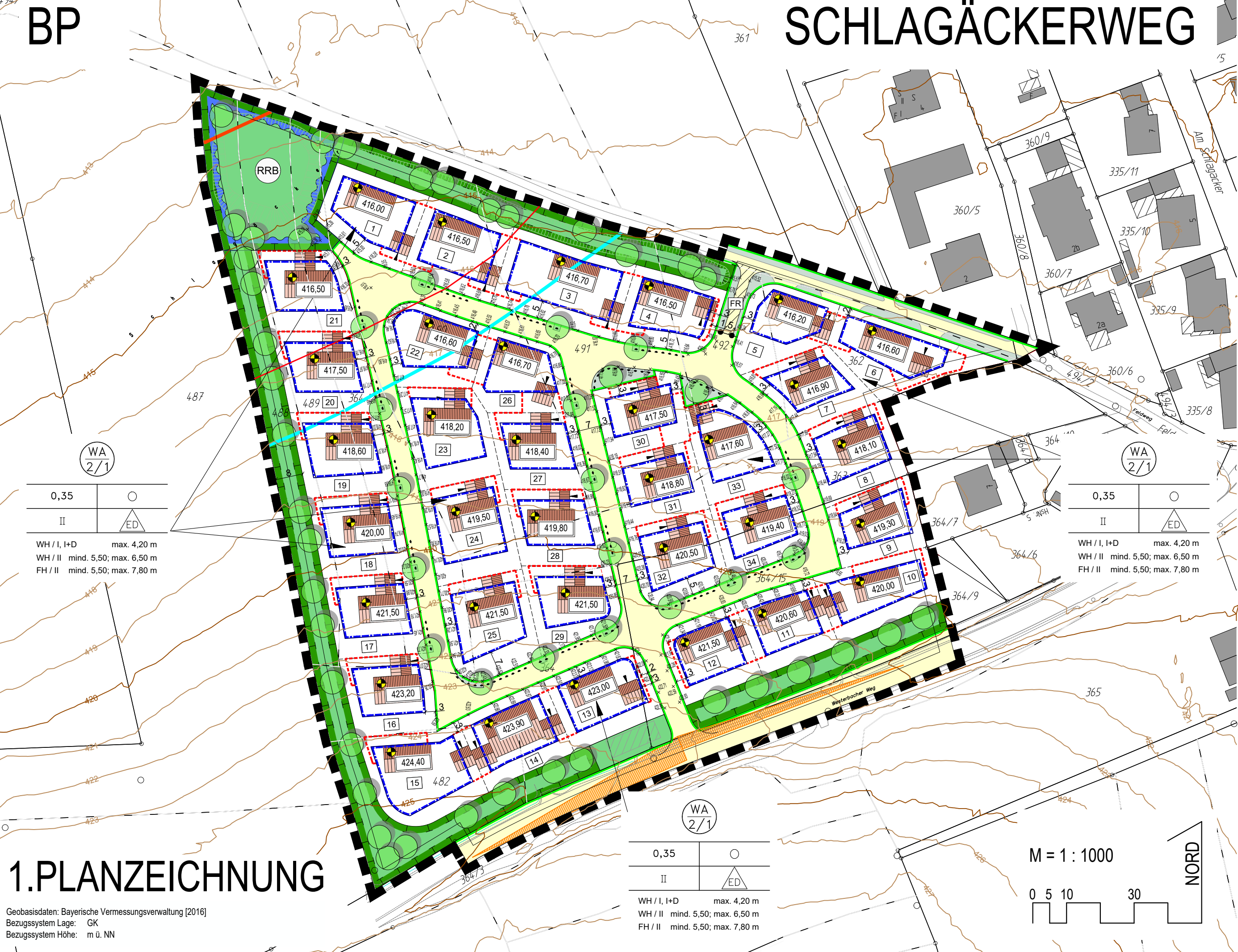


BP

SCHLAGÄCKERWEG



1. PLANZEICHNUNG

Geobasisdaten: Bayerische Vermessungsverwaltung [2016]
Bezugssystem Lage: GK
Bezugssystem Höhe: m ü. NN

PRÄAMBEL

Die Gemeinde Waidhofen erlässt aufgrund

- der §§ 1, 1a, 9, und 10 des Baugesetzbuches (BauGB)
- des Art. 23 der Gemeindeordnung (GO)
- des Art. 81 der Bayerischen Bauordnung (BayBO)
- der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO)
- der Planzeichenverordnung (PlanZV)

den

Bebauungsplan "Schlagackerweg" in Rachelsbach als SATZUNG

Bestandteile der Satzung

Der Bebauungsplan besteht aus den Festsetzungen durch Planzeichen und Text sowie aus den Hinweisen aus Planzeichen und Text in der jeweils letztgültigen Fassung.

2. FESTSETZUNGEN DURCH PLANZEICHEN

1. Geltungsbereich
- max. zulässige Zahl der Vollgeschosse, z.B. 2 Vollgeschosse

2. Art der baulichen Nutzung



allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO;
Je Einzelhaus sind max. 2 Wohneinheiten, je Doppelhaushälfte ist max. 1 Wohneinheit zulässig

Die gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen
sind gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO unzulässig.

3. Maß der baulichen Nutzung

0,35 Grundflächenzahl = 0,35

WH / I	max. 4,20 m	Wandhöhe bei I	(ein Vollgeschoss)	= max. 4,20 m
WH / I+D	max. 4,20 m	Wandhöhe bei I+D	(zwei Vollgeschosse, wobei das zweite Vollgeschoss im Dachraum zum liegen kommt)	= max. 4,20 m
WH / II	mind. 5,50 m; max. 6,50 m	Wandhöhe bei II	(zwei Vollgeschosse)	= mind. 5,50 m; max. 6,50 m
nur bei einseitigen (PD) und versetzten Pultdächern (vPD):				
FH / II	mind. 5,50 m; max. 7,80 m	Firsthöhe bei II	(zwei Vollgeschosse)	= mind. 5,50 m; max. 7,80 m

s.a. Festsetzungen durch Text Nr. 2 und 4

4. Bauweise, Baugrenzen



offene Bauweise



nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig



Baugrenze

5. Öffentliche Verkehrsflächen



öffentliche Verkehrsflächen mit Straßenbegrenzungslinie und unverbindlichem Vorschlag zur Straßenraumgestaltung (Verkehrsgrün, Parkbuchten)



Fuß- und Radweg mit unverbindlichem Vorschlag zur Straßenraumgestaltung (Verkehrsgrün) - notfalls befahrbar



Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

6. Grünordnung und Wasserwirtschaft



Öffentliche Grünfläche als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft - Ausgleichsfläche (s.a. Festsetzung durch Text Nr. 7.3 und 8.1)



zu pflanzender Baum - Standorte veränderbar
s.a. Festsetzung durch Text Nr. 7.4



Regenrückhaltebecken

7. Immissionsschutz



59 dB(A) Tagisophone



49 dB(A) Nachtisophone

8. Sonstige Planzeichen

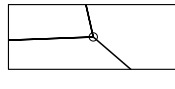


Fläche für Garagen und Carports

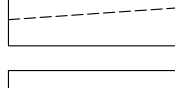


maximale Höhenlage in Metern über Normalnull (m ü. NN), z.B. 421,50 m ü. NN
s.a. Festsetzung durch Text Nr. 4.1

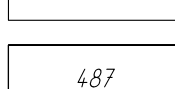
3. HINWEISE DURCH PLANZEICHEN



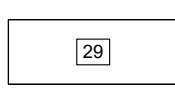
bestehende Grundstücksgrenzen



geplante Grundstücksgrenze



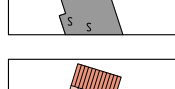
nicht abgemarkte Grundstücksgrenze



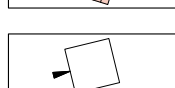
Flurstücksnummer



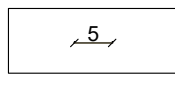
Parzellennummer



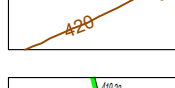
Standort für Löschwasser tank (Lage im Grünstreifen veränderbar)



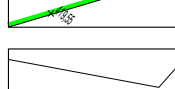
vorhandenes Gebäude



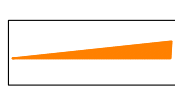
Vorschlag für zu errichtendes Gebäude



vorgeschlagene Garagenzufahrt



Maßangabe in Metern



Höhenschichtlinien



geplante Straßenhöhenlage in m ü. NN



Geltungsbereich des Bebauungsplans "Rachelsbach-West - Änderung II und Erweiterung"



Sichtdreieck

4. FESTSETZUNGEN DURCH TEXT

1. Abstandflächen

Es gelten die allgemeinen Abstandflächenregelungen des Art. 6 BayBO. Abweichend hiervon können in den Bauräumen für Garagen und Carports die dort zulässigen Gebäude ohne eigene Abstandflächen errichtet werden, sofern sie die in Festsetzung d. Text Nr. 3.2 festgesetzten Wand- und Firsthöhen einhalten.

2. Baugestaltung

2.1 Grelle Fassadenansichte sind nicht zulässig.

2.2 Dachform der Hauptgebäude:

bei I, I+D
bei II
gleichgeneigte Satteldächer mit mittigem First (SD)
gleichgeneigte Sattel- und Walmdächer mit mittigem First (SD, WD),
versetzte Pultdächer (vPD)
Versatz: 1/3 - 2/3

Flachdächer und einseitige Pultdächer (PD) sind unabhängig von der Geschossigkeit zulässig.
Die Firste der geneigten Dächer müssen in Längsrichtung des Gebäudes verlaufen.

2.3 Dachneigung:

bei I, I+D
bei II
38° - 45°
15° - 25°

Flachdächer sind mit einer Dachneigung von 0° - 5°, einseitige Pultdächer bis zu maximal 15° zulässig.
Dachneigung ist nicht zulässig.

2.4 Dachaufbauten:

Dachaufbauten sind nur ab einer Dachneigung von 38° zulässig.
Die Gesamtlänge der Dachaufbauten (einschl. Zwerchgiebel) pro Dachseite darf maximal 50 % der Gebäude-
länge betragen. Das Dach der Giebeln und Zwerchgiebel muss mindestens 1,00 m unter dem First des
Hauptgebäudes einbinden.
Dachschneitile sind unzulässig.

2.5 Dachneigung:

Für die Dachneigung sind naturrote, anthrazitfarbene oder gesinterte
Dachziegel oder Betondachsteine zu verwenden. Glänzende Oberflächen sind unzulässig.
Anlagen zur Nutzung solarer Strahlungsenergie sind zugelassen, wenn diese in gleicher Neigung wie das
darunterliegende Dach ausgeführt werden.

2.6 Garagendächer:

Die Dächer der Garagen sind mit der gleichen Dachform, einer geringeren bis maximal
der gleichen Dachneigung und der gleichen Dachdeckung wie das Hauptgebäude zu
errichten. Alternativ werden Pultdächer bis 15° Dachneigung sowie Flachdächer
zugelassen. Bei flachgeneigten Dächern bzw. Flachdächern sind zudem nicht glänzende
Metalldeckungen bzw. begrünte Dächer zulässig.

3. Garagen / Stellplatzbedarf

3.1 Je Wohneinheit sind mind. 2 Stellplätze auf eigenem Grund nachzuweisen.

3.2 Garagen (auch Carports) sind außerhalb der Baugrenzen ausschließlich in den hierfür vorgesehenen Flächen für Garagen
und Carports zulässig. Die traufseitige Wandhöhe der Garagen wird mit maximal 3,0 m gemessen vom höchsten Geländepunkt an
der Garage festgesetzt. Die Firsthöhe der Garagen wird bei Satteldächern auf max. 6,00 m ansonsten auf max. 4,60 m gemessen
von OK Rohdecke bis OK Dachhaut festgesetzt.
Die maximale Länge der Grenzbebauung wird auf 9 m je Grundstücksgrenze und 15 m auf dem gesamten Grundstück
festgesetzt (Art. 6 Abs. 9 BayBO).

3.3 Im Bereich der Garagenzufahrten ist an der Zufahrtseite ein mind. 5,0 m tiefer Stauraum ab der straßenseitigen Grund-
stücksgrenze freizuhalten, der entsprechend der Festsetzung durch Text Nr. 9 zu gestalten ist.

4. Höhenlage / Höhen

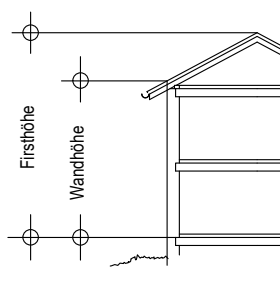
4.1 Höhenlage der Hauptgebäude

Die maximale Höhenlage der Hauptgebäude wird auf die entspr. Planzeichen bezeichnete Höhenkote in Metern über Normalnull
(m ü. NN) für jede Parzelle festgesetzt. Die Höhenfestlegung bezieht sich auf die Oberkante des Rohfußbodens im Erdgeschoss
(OK EG RFB). Als Erdgeschoss gilt das höhenmäßig dem Straßeniveau an der Bauparzelle am nächsten gelegene Vollgeschoss.
Die angegebenen Höhen dürfen um max. 0,30 m überschritten werden.

4.2: Wandhöhe (WH) / Firsthöhe (FH)

WH bei SD, I+D: max. 4,20 m
WH bei SD, WD, I: mind. 5,50 m; max. 6,50 m
WH bei FD: max. 6,50 m
FH bei PD, vPD, I: mind. 5,50m; max. 7,80 m

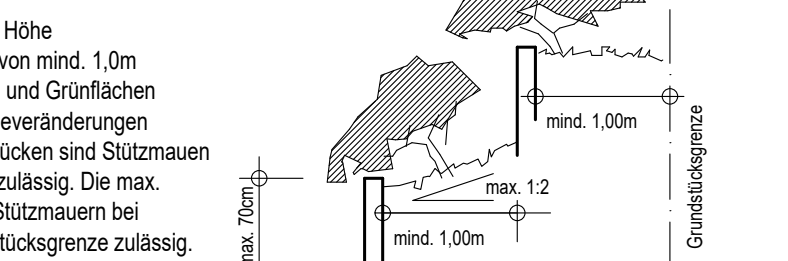
Die Wandhöhe ist traufseitig von OK EG RFB bis zum Schnittpunkt der verlängerten Außenkante
des Mauerwerks mit der OK Dachhaut zu messen. Bei bei Flachdächern (FD) ist die Oberkante
der Attika maßgebend. Die Firsthöhe ist traufseitig von OK EG RFB
bei einseitigen Pultdächern bis zum oberen Schnittpunkt der verlängerten Außenkante
des Mauerwerks mit der OK Dachhaut, bei versetzten Pultdächern bis zum Schnittpunkt
der Dachhaut der beiden Dachschenkel zu messen. Für Pultdächer wird zudem
die Firsthöhe auf 7,80m begrenzt. Bei einseitigen Pultdächern muss die Dachneigung
parallel zum Hang verlaufen.



5. Geländeveränderung / Stützmauern

5.1 Das Gelände zwischen den Wohngebäuden und der Erschließungsstraße darf bis auf Höhe der
Erschließungsstraße angepasst werden. Aufschüttungen und Abtragungen unmittelbar am Haus sind bis
auf Höhe Rohfußboden z.B. für Terrassen zugelassen. In den übrigen Grundstücksbereichen ist das
natürliche Gelände zu erhalten.

5.2 Stützmauern sind mit einer sichtbaren Höhe



6. Einfriedungen

Einfriedungen sind mit einer Höhe von max. 1,20 m zulässig.
Mauern bzw. vollflächig geschlossene Zaunanlagen sind unzulässig.

7. Grünordnung

7.1 Die Herstellung der öffentlichen Grünflächen ist innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung der Erschließung
durchzuführen.

7.2 Private Grünflächen

Die nicht überbaubaren Grundstückflächen sind als Freiflächen nach landschaftsgestalterischen Gesichtspunkten zu gestalten.
Je 300 m² angelegene Grundstückfläche ist mind. ein heimischer Baum zu pflanzen, angereicht zu pflegen
und dauerhaft zu unterhalten sowie bei Abgang zu ersetzen.

7.3 Öffentliche Grünflächen

Im Bereich der öffentlichen Grünfläche ist die Modellierung einer naturnah gestalteten Geländemulde zur Regelung des
Wasserabflusses zulässig. Die Böschungseigung darf dabei maximal 1:3 betragen, wobei einzelne Bereiche mit einer
Böschungseigung von 1:5 oder flacher auszubilden sind.

Die in der Planzeichnung in der öffentlichen Grünfläche dargestellten Bäume sind in guter Artendurchmischung zu pflanzen,
angereicht zu pflegen und dauerhaft zu unterhalten sowie bei Abgang zu ersetzen. Zulässig sind standortgerechte, heimische
Laubbäume und Gehölze der Herkunftsregion 16 Unterbayerische Hügel- und Plattenregion und Obstbäume.
Mindestpflanzqualität: Hochstamm, 3x verpflanzt, Stammumfang 14-16 cm.

7.4 Verkehrsgrün

In Verkehrsflächen sind neben heimischen Laub- und Obstbäumen auch standortgerechte und klimaresistente fremdländische
Laubbäume zulässig.
Mindestpflanzqualität: Hochstamm, 3x verpflanzt, Stammumfang 14-16 cm.

8. Eingriffsregelung - Naturschutzfachliche Ausgleichsflächen

Ausgleichsfläche 1

Für den planbedingten Eingriff in Natur und Landschaft wird auf einer Teilfläche der Fl.Nr. 739/1, der Gemarkung Waidhofen, eine
naturschutzfachliche Ausgleichsfläche in der Größe von 1.334 m² nachgewiesen und gemäß § 9 Abs. 1a BauGB dem
Bebauungsplan "Schlagackerweg" zugeordnet.

Für die gesamte Fläche wurde ein Ausgleichsflächenkonzept erstellt, das von der UNB Neuburg-Schrobenhausen am 27.01.2016 mit
dem Bescheid mit der Nr. 15040/01 genehmigt wurde. Die Ausgleichsfläche wurde auf Gemeinde 2018 hergestellt. Die strategisch
bedeutsam gelegene Fläche wird gesamtökologisch aufgewertet. Entwicklung und dauerhafte Erhaltung eines wertvollen
Offenlandsbereichs durch Entwicklung von extensiv genutztem Grünland mit Bedürfnisse der Wiesen- und Offenlandbrüter
abgestimmten Mähregime sowie Aufwertung des Landschaftsbilds.



Lageplan M 1 : 5.000
Gemarkung Waidhofen, Fl.Nr. 739/1

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Ausgleichsfläche
Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur
und Landschaft

Ausgleichsfläche 2

Für den planbedingten Eingriff in Natur und Landschaft wird auf einer Teilfläche der Fl.Nr. 447/2, Gemarkung Wangen, eine
naturschutzfachliche Ausgleichsfläche in der Größe von 1.475 m² nachgewiesen und gemäß § 9 Abs. 1a BauGB dem
Bebauungsplan "Schlagackerweg" zugeordnet.

Entwicklungsziel: Überbegleitender Auwaldstreffen und extensive Feuchtwiese

Herstellungsmaßnahmen: Baum- und Strauchpflanzung sowie Ansaat einer extensiven Feuchtwiese
Die Flächen sind mit autochthonen Extensivwiesen-Saatgut der Herkunftsregion 16 "Unterbayerische Hügel- und Plattenregion"
anzusäen. Es ist Saatgut zu verwenden, das einen temporären Einstau bzw. eine Überschwemmung verträgt.

Im ca. 5 m breiten überbegleitenden Auwaldstreffen sind Bäume und Sträucher in guter Artendurchmischung zu pflanzen. Zulässig
sind standortgerechte, heimische Laubbäume und Sträucher der Herkunftsregion 16 "Unterbayerische Hügel- und Plattenregion".
Arten: Acer campestre (Feld-Ahorn), Acer pseudoplatanus (Berg-Ahorn), Betula pendula (Hänge-Birke), Cornus sanguinea (Roter
Hartleuchter), Populus alba (Silber-Pappel), Prunus avium (Vogel-Kirsche), Prunus padus (Trauben-Kirsche), Quercus robur
(Stiel-Eiche), Salix alba (Silber-Weide), Salix fragilis (Bruch-Weide), Salix viminalis (Korb-Weide), Ulmus glabra (Ulm), Viburnum
opulus (Schneeball) und weitere Arten nach Absprache mit der UNB

Mindestqualität Baum: Hochstamm, 2 x verpflanzt, Stammumfang 10 - 12 cm
Mindestpflanzqualität Sträucher: v. Strauch, 3-4 Tr., 60-100cm

Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: Bis zu 5 Jahre nach der Herstellung richtet sich die Mahd der extensiven Feuchtwiese nach
dem Aufwuchs. Spätestens am 6. Jahr nach der Herstellung sind die Wiesenbereiche dauerhaft durch abschnittsweise Mahd
(ein- bis zweimal pro Jahr) mit Mähguthub extensiv zu pflegen. Die erste Mahd ist bei zweischüriger Nutzung ab dem 01.06., bei
einschüriger Mahd ab 01.07. zulässig. Alternativ zur Mahd können die Flächen auch beweidet werden. Düngereinsatz
und chemischer Pflanzenschutz sind unzulässig.
Die Bäume und Sträucher sind angereicht zu pflegen und dauerhaft zu unterhalten sowie bei Abgang zu ersetzen.



Lageplan M 1 : 5.000
Gemarkung Wangen, Fl.Nr. 447/2

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Ausgleichsfläche
Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur
und Landschaft

9. Stellplätze, Zufahrten, private Flächen am Straßenraum und Fußwege sind versickerungsfähig zu gestalten.
(z.B. wassergebundene Decke, Schotterterrassen, Rasensteine u.s.w.).

10. Immissionsschutz

10.1 Bei der Planung der Wohngebäude nördlich der Isophone, die den Lärmkarten der Anlage 3.1 und Anlage 3.2 dieser
schalltechnischen Untersuchung mit der Auftragsnummer 5446.1/2019 - IB der Ingenieurbüro Kottmar GmbH,
Altomünster vom 19.08.2019 zu entnehmen sind, ist zwingend auf eine schalltechnisch optimierte Grundrissgestaltung zu achten,
d.h. schutzbedürftige Räume wie Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmer, sind auf lärmabgewandte Fassaden zu orientieren oder müssen
über zusätzliche Fenster an den Fassaden belüftet sein, an denen keine Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte der 16.
BImSchV vorliegen.

10.2 Es dürfen Fenster nur in Verbindung mit einer kontrollierten Wohnraumlüftung oder Schallschutzmaßnahmen wie z.B. Glasvorbau
mit verschiebbaren Elementen an mindestens einem Fenster zur Belüftung von Schlaf-, Wohn- und Kinderzimmern oder Wintergärten,
die allesamt nur zu Reinigungszwecken zu Öffnen sind, installiert werden, wenn eine orientierende Grundrissgestaltung nicht in jedem
Fall möglich ist.

10.3 Bei der Errichtung von Bauvorhaben nördlich der 59 dB(A) Tagisophone bzw. 49,0 dB(A) Nachtisophone (s. Anlage 3.1 bzw.
Anlage 3.2 in dieser schalltechnischen Untersuchung) sind die maßgeblichen Außenlärmpegel zu ermitteln und ein Nachweis nach
DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" zu führen.

11. Versorgungsleitungen

Aus Gründen des Ortsbildes sind Versorgungsleitungen unterirdisch zu führen.

5. HINWEISE DURCH TEXT

- Die Planzeichnung ist für Maßentnahmen nur bedingt geeignet. Bei der Vermessung sind etwaige Differenzen auszugleichen.
- Im Bereich des Baugebiets sind keine Ablagerungen, Altstandorte und Altlasten bekannt. Im Zuge von Kleinbohrungen
wurden im Feldweg belastete Auffüllungen gefunden. Nähere Informationen sind der "Baugrunderkundung / Baugrund-
gutachten" der CRYSTAL GEOTECHNIK Beratende Ingenieure und Geologen GmbH, Ulting am Ammersee vom 14.12.2015
(Projekt-Nr. B151344) zu entnehmen.
- Das anfallende Niederschlagswasser ist so weit wie möglich zu versickern.
Für die erlaubnisierte Versickerung von gesammeltem Niederschlagswasser sind die Anforderungen der "Verordnung über die
erlaubnisierte schadhafte Versickerung von gesammeltem Niederschlagswasser" (Niederschlagswasserfreistellungsverordnung
NWFFrV) und die dazugehörigen Technischen Regeln (TRENGSW) zu beachten.
Zudem wird auf das Arbeitsblatt DWA-A138 der DWA und das Merkblatt DWA-M 153 hingewiesen.
- Alle Vorhaben sind vor Bezug an die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Trennsystem anzuschließen.
- Es dürfen auf keinen Fall wassergefährdende Stoffe in den Untergrund gelangen. Dies ist besonders im Bauzustand zu beachten.
Verschmutztes Niederschlagswasser ist aus Gründen des Gewässerschutzes zu sammeln und schädlich durch Abbleiten in die
Schmutzwasserkanalisation zu beseitigen. Insbesondere trifft dies zu bei Flächen, auf denen mit wassergefährdenden Stoffen
umgegangen wird.
- Sollten sich im Zuge von Baumaßnahmen Grundwasserabsenkungen als notwendig erweisen, sind diese mittels wasserrechtlichen
Verfahren zu beantragen.
Keller sollten wasserdicht ausgeführt und Heizbehälter gegen Auftrieb gesichert werden.
- Die geplanten Gebäude werden über Erdkabel und Verteilerschränke an das Versorgungsnetz der Bayernwerke angeschlossen.
Die Hausanschlusskabel enden in Wandnischen an der der Straßenseite zugewandten Hausaußenwand.
- Regenerative Energiequellen
Die Versorgung der Gebäude mit Wärme bzw. Elektrizität sollte zumindest teilweise aus regenerativen Energiequellen erfolgen.
- Als Beleuchtung des Straßenraums sind möglichst insektenfreundliche zu verwenden. Die Lichtverschmutzung ist
möglichst gering zu halten.
- Es wird darauf hingewiesen, dass für Erdarbeiten auf Grundstücken, bei denen bekannt bzw. anzunehmen ist, dass sich hier
Bodendenkmäler befinden, gem. Art. 7 Abs. 1 DStGH eine Erlaubnis bei der Unteren Denkmalschutzbehörde
beantragt werden muss.
- Bedingt durch die Ortsanlage ist bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung der angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen mit den
üblichen Lärm-, Geruchs- und Staubemissionen auch nachts und an Wochenenden zu rechnen.
- Auf die erforderlichen Grenzabstände von Gehölzpflanzungen zu landwirtschaftlichen Flächen (Gehölze über 2 m Höhe: 4 m
Abstand) und zu Nachbargrundstücken entsprechend Art. 47 und 48 AGBG wird hingewiesen.
- Innerhalb des Regenrückhaltebeckens dürfen keine Bäume oder Sträucher gepflanzt werden.
- Abfallgefäße der Parzellen 5 und 6 müssen zur Entleerung an die Erschließungsstraße verbracht werden.

6. VERFAHRENSVERMERKE

- Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 16.01.2019 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die
Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am
23.04.2019 ortsüblich bekannt gemacht.
- Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher
Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom
16.01.2019 hat in der Zeit vom 02.05.2019 bis 03.06.2019 stattgefunden.
- Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom
16.01.2019 hat in der Zeit vom 02.05.2019 bis 03.06.2019 stattgefunden.
- Zu dem Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom 22.10.2019 wurden die
Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit
vom 18.12.2019 bis 17.01.2020 beteiligt.
- Der Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom 22.10.2019 wurde mit der
Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 18.12.2019 bis 17.01.2020
öffentlich ausgelegt.
- Die Gemeinde Waidhofen hat mit Beschluss des Gemeinderates vom 11.02.2020 den
Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 22.10.2019, redaktionell
geändert am 11.02.2020, als Satzung beschlossen.

Waidhofen, den

Josef Lechner
Erster Bürgermeister

Siegel

- Der Satzungsbeschluss zu dem Bebauungsplan wurde am gemäß § 10 Abs. 3
Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft
getreten.

Waidhofen, den

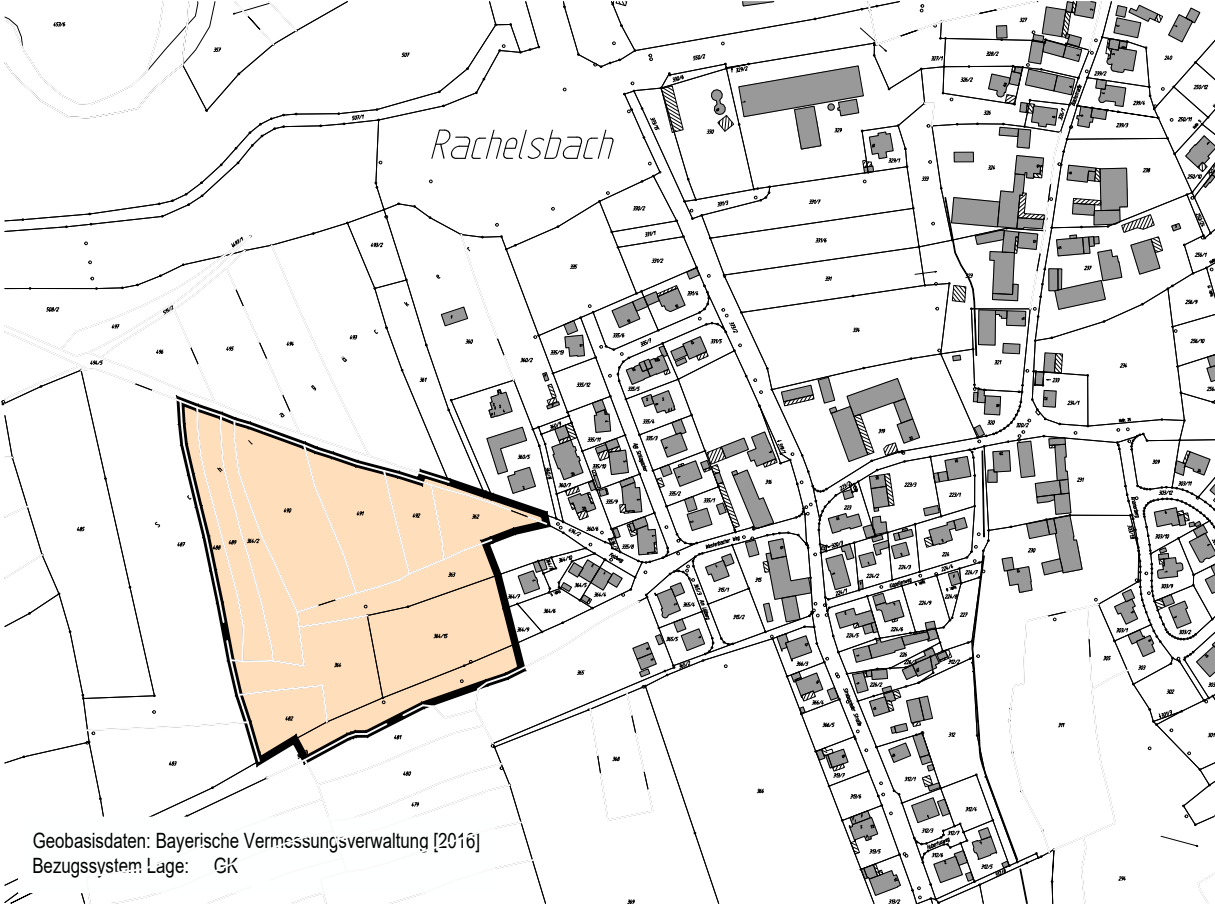
Josef Lechner
Erster Bürgermeister

Siegel

GEMEINDE Waidhofen Landkreis Neuburg - Schrobenhausen

BP SCHLAGÄCKERWEG

ÜBERSICHTSLAGEPLAN



Geobasisdaten: Bayerische Vermessungsverwaltung [2016]
Bezugssystem Lage: GK

ENTWURFSVERFASSER:

WipflerPLAN

Architekten Stadtplaner
Baugenieur
Vermessungsingenieure
Erschließungsträger

Hohenwarter Straße 124
85276 Pfaffenhofen
Tel.: 08441 504622
Fax: 08441 504629
Mail: ue@wipflerplan.de

PFaffenhofen,
GEANDERT,
GEANDERT,
REDAKTIONELL ERGÄNZT,

DEN 20.12.2017
DEN 16.01.2019
DEN 22.10.2019
DEN 11.02.2020